



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/284 - 7.12.53

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21631-33
Fernschreiber 039890

Eine neue praktische Europa-Forderung	S. 1
Präsident Jonkman, die UNO und die EVG	S. 4
Die Schulfrage in Niedersachsen	S. 5
CDU-Rückschlag im Südwesten	S. 7

Und jetzt fort mit dem Reisepaß !

Von Dr. Karl Mommer, MdB

Es klingt wie ein Märchen aus einer versunkenen freien Welt, wenn bejahrtere Zeitgenossen berichten, daß vor 1914 die Visitenkarte ein ausreichendes Ausweispapier für eine Weltreise war. Nur die Polizeistaaten Türkei, Rußland und China verlangten von den Reisenden einen Paß. Auch konnte man sein Geld überall frei mitnehmen und umtauschen.

Wie weit entfernt sind wir auch in Europa von solcher Freiheit und weltbürgerlicher Gesinnung trotz aller europäischen Schwüre und Gemeinschaften! Mühselig muß nach dem heißen Krieg der Grenzpapierkrieg abgebaut werden. Langsam öffnet sich die Grenze für den freieren Verkehr, auch für Deutsche. Im Europarat und in zweiseitigen Verhandlungen war es nicht möglich, den kostspieligen und lästigen Visumzwang loszuwerden. Auf Initiative der SPD-Fraktion im Bundestag hob dann die Bundesregierung am 1. Juli 1953 den Visumzwang ohne Gegenseitigkeit auf. Die Maßnahme erweist sich jetzt schon als voller Erfolg. Der Fremdenverkehr ist stark angestiegen und mit ihm die daran geknüpfte Einnahme fremder Devisen. Im August dieses Jahres wurde unsere Grenze im Auslandsverkehr bei der Einreise 3,6 Millionen mal, im Vorjahre nur 1,7 Millionen mal überschritten.

Diese Wirkung war erfreulich, aber nicht das Wichtigste.

Die einseitige Verbesserung des Fremdenverkehrs sollte das Fremdenverkehrsgewerbe anderer Länder mobilisieren, nun ihrerseits die Aufhebung des Visumzwanges für Deutsche zu fordern. Das ist eingetreten und in kurzer Zeit haben die Türkei, Holland und die Schweiz den Visumzwang für deutsche Einreisende aufgehoben. Andere Länder wie Italien scheinen auf dem Wege dazu zu sein. Andere wieder haben wesentliche Erleichterungen zugestanden. Die Absperrungsfront ist durchbrochen und die Bresche kann erweitert werden.

Bundesrepublik soll den Anfang machen

In Kreisen der sozialdemokratischen Fraktion will man dieser erfolgreichen europäischen Offensive jetzt eine zweite, radikalere folgen lassen. Die Bundesrepublik soll zunächst einseitig zu den Grenzkontrollverhältnissen in Bezug auf den Personenverkehr von 1913 zurückkehren. Sie soll nicht nur auf das Visum, sondern auch auf den Paß verzichten. Die Identität und Nationalität der Ein- und Ausreisenden soll überhaupt nur kontrolliert werden, wenn ein besonderer Anlaß dazu besteht. Die allgemeine Ausweispflicht in der Bundesrepublik braucht davon nicht berührt zu werden. Konsequenterweise sollte das für die Angehörigen aller Staaten, auch der kommunistischen, gelten. Wer bei dem Gedanken erschrickt, soll sich bewußt sein, daß die freie Einreise der Deutschen aus der russischen Zone in die Bundesrepublik mehr Gefahren in sich bergen kann als die Einreise ohne Paß und Visum von Angehörigen der Ostblock-Staaten. Auch wird bei der Aufhebung des Paß- und Visumzwanges kein einziger Bewohner der Oststaaten mehr kommen als bisher, da es bekanntlich nur den Dreimal-Zuverlässigen gestattet wird, ins Ausland zu gehen.

Die gesetzlichen Bestimmungen über die Aufnahme einer Arbeit oder eines Gewerbes bleiben von der Aufhebung der Grenzkontrolle unberührt. Auch könnte man nach wie vor unliebsamen Ausländern bei Strafe das Wiederbetreten unseres Gebietes verbieten.

Protest der Ängstlichen erwartet

Trotzdem wird so viel Neuerungsgeist - der nur zu der europäischen Freiheit von 1913 zurückwill, - den Protest aller Ängstlichen hervorrufen. Ihnen sei gesagt, daß der Vorschlag zur Abschaffung der Pässe auf der Linie einer Empfehlung liegt, die von der Beratenden Versammlung des Europarats im September angenommen wurde. Ihr stimmten.

alle deutschen Vertreter in der Versammlung zu. Allerdings geht sie schonend mit liebgeordneten Kontroll- und Stempelmaßnahmen um. Niemand, der ernsthaft Europa will, kann den Paß für ein unverzichtbares Dokument halten. Es sei auch darauf verwiesen, daß im Verkehr zwischen manchen europäischen Staaten, z.B. Belgien und Frankreich, kein Paß, sondern nur eine Kennkarte gefordert wird.

Aber was glauben die Ängstlichen eigentlich mit ihren Papier- und Stempelschikanen positiv zu erreichen? Paß und Visum dämmen den Verkehrsstrom ein, der über die Grenze geht. Eine Auslese nach Gesichtspunkten der Qualität bringen sie nur in begrenztem Umfange. Gerade die gefährlichen Missetäter politischer oder krimineller Art überspringen mit besten falschen Pässen die Hürden ohne Mühe.

Wenn man das Zunehmen der Paß- und Visumschikanen seit dem ersten Weltkrieg berücksichtigt, kommt man zu dem Schluß, daß sie die Ausgeburt einer kranken, mit Angstvorstellungen geplagten Welt sind, nicht unähnlich dem Verhalten neurotischer Menschen, die vor dem Schlafengehen unters Bett schauen. Im Kriege sind Kontrollen unvermeidlich, im Frieden sollten die 999 anständigen Leute rebellieren, und wegen eines Missetäters (der nur in den Maschen hängen bleibt, wenn er kleineren Formats ist!) sich nicht das Geld für den Paß und für das Visum aus der Tasche nehmen lassen.

Es ist klar, daß man selbst keinen Paß für die Ausreise verlangen darf, wenn man für die Zukunft anstrebt, daß andere Länder keinen Paß mehr für die Einreise verlangen. Unser Paßgesetz muß entsprechend geändert werden. Man sieht auch, daß die einseitige Aufhebung des Paßzwanges für Deutsche, die sich ins Ausland begeben wollen, zunächst nichts ändern würde. Sie bräuchten einen Paß, solange er von dem fremden Lande gefordert wird. Aber alle Vorteile, die uns die einseitige Aufhebung des Visumzwanges im Fremdenverkehr und in den Bemühungen um Aufhebung der Einreisebeschränkungen für Deutsche ins Ausland gebracht hat, würden sich bei der zunächst einseitigen Aufhebung des Paßzwanges in verstärktem Maße wiederholen. Es wäre auch nicht schlecht, wenn wir uns gleich an der Grenze als ein sehr freiheitliches Land zeigten ...

Und wenn der Verfassungsschutz und die Kriminalpolizei sehr

traurig wären wegen der Erschwerung ihrer Arbeit, so könnte man sie mit dem Hinweis auf ihre Kollegen von 1913 trösten, die schließlich auch ihrer Aufgabe gerecht werden mußten. Wir wissen übrigens, daß sie die Zeichen der Zeit verstanden haben und daß sie nicht darauf bestehen werden, wegen der wenigen Unliebsamen gegen die vielen Willkommenen einen Stempelkrieg zu führen.

+ + +

"EVG unvereinbar mit UNO - Charta"

Wir lesen im "Le Monde":

"In gut unterrichteten Kreisen verlautet, daß sich der holländische Senat nicht vor Januar kommenden Jahres mit dem EVG-Vertrag befassen wird. Wie der unabhängige "Telegraf" (Holland) berichtet, ist der Außenminister zur Zeit damit beschäftigt, auf die zahlreichen Anfragen der Senatskommission einzugehen, die sich auf das von ihr verfaßte Vertrags-Memorandum beziehen.

Der Senatspräsident Jonkman hat dem Memorandum einen persönlichen Bericht zugefügt - ein in der Geschichte des holländischen Parlaments einmaliger Vorgang.

"Ich verstehe durchaus", so erklärte uns Jonkman, "daß Frankreich zögert. Die Debatten in der Nationalversammlung spiegeln die tiefe Überzeugung der Franzosen wider, daß man sich auf dem falschen Wege befindet. Warum sollte man aber nicht, wenn es schon keine andere Lösung gibt, einer Verbindung Deutschlands mit der NATO zustimmen, umso mehr, als sich dieser Schritt mit den Verträgen von Bonn vereinbaren ließe? Gewiß muß man der Bundesrepublik die de facto Souveränität zuerkennen, nachdem es unmöglich ist, von einem Staate militärische Anstrengungen zu fordern, ohne ihm Hoheitsrechte einzuräumen".

Nach Jonkman ist die EVG in ihrer gegenwärtigen Form juristisch mit der UNO-Charta überhaupt nicht zu vereinbaren, weil diese von "souveränen Nationen" spricht. Will man eine supra-nationale Integration herbeiführen, dann empfiehlt es sich, bei der Revision der UNO-Charta im Jahre 1955 dem Absatz, der sich mit Ländern befaßt, die sich nicht selbst regieren, einen Passus anzugliedern, der sich auf "Länder, die sich nicht mehr selbst regieren" bezieht."

+ + +

Kulturkampf kommt aus Hildesheim

-dt-Hannover, im Dezember

Am 9. Dezember tritt der niedersächsische Landtag zusammen: Es ist zu erwarten, daß es eine bewegte Sitzung wird. Die Schulfrage, nach einer heftigen Debatte im Oktober in die Ausschüsse verbannt, wird durch einen Antrag der FDP wieder in die Öffentlichkeit des Plenums gezogen. Im Oktober hatte die Regierung einen Entwurf zum "Schulverwaltungsgesetz" eingebracht, ein im wesentlichen unpolitisches Gesetz, das vornehmlich die materielle Seite der Schulfrage regeln soll. Unerwartet rissen in der Debatte Sprecher der CDU und der DF mit völlig deplacierten kulturkämpferischen Attacken die Tür wieder auf, hinter der man 1950/51, als es um die niedersächsische Landesverfassung ging, die heikle Schulfrage verschlossen hatte. Nun wurde die Frage - Bekenntnis- oder Gemeinschaftsschule? - zum zentralen Punkt der Landespolitik, eines der wenigen Gebiete, in dem laut Grundgesetz die Bonner Regierung nur Beobachter sein kann.

Als Antwort auf die heftigen Attacken zweier katholischer Abgeordneter kündigte die FDP einen Gesetzentwurf mit dem Tonor "Gemeinschaftsschule" an. Der Entwurf liegt nun vor. Zur gleichen Zeit wurde im Kultusministerium, das seit längerer Zeit wegen Erkrankung des Ministers der Ministerpräsident selbst leitet, ein Regierungsentwurf ausgearbeitet, der im Augenblick das Referentenstadium durchläuft. Die beiden Entwürfe unterscheiden sich in den Formulierungen; in der Sache selbst wollen beide, was die FDP in § 3 ihres Entwurfes fordert: Alle öffentlichen Schulen in den ehemaligen Landesteilen Hannover, Braunschweig und Schaumburg-Lippe sollen christliche Gemeinschaftsschulen werden. Die Errichtung von Bekenntnisschulen, eine Forderung, auf der nur der katholische Klerus besteht, soll an bestimmte Voraussetzungen gebunden werden. Der Landesteil Oldenburg ist davon ausgenommen, weil dort die Konfessionschule verfassungsrechtlich verankert ist, zu einer Änderung also eine Zweidrittel-Mehrheit erforderlich wäre.

Noch ehe die beiden Entwürfe öffentlich bekannt wurden, fuhr der Bischof von Hildesheim schweres Geschütz auf. In einem von allen katholischen Kanzeln verlesenen Hirtenbrief sprach er von einem "wohlvorbereiteten Schlag gegen unsere katholische Schule" durch "marxistische und liberalistische Kräfte". Um die Heftigkeit des Bischof

Machens von Hildesheim zu verstehen, muß man bedenken, daß die gegenwärtigen Schulgesetze zum Teil 70 bis 80 Jahre alt sind, sie stammen aus einer Zeit, da es noch konfessionell ungemischte Dörfer und Gemeinden gab. Die Unterwanderung auch dieser Gebiete durch die Flüchtlingsströme aus dem Osten boten der religiösen Intoleranz ein reiches Betätigungsfeld. Das hatte schon der erste (ernannte) niedersächsische Landtag erkannt und 1946 mit großer Mehrheit eine Entschließung angenommen, daß die Gemeinschaftsschule die Norm sein solle. Kirchliche Kreise verstanden es damals, dieser Entschließung durch eine Intervention bei der Besatzungsmacht die Wirksamkeit zu nehmen. Die neuen Entwürfe bezwecken somit nichts anderes, als der Toleranz wieder zum Recht zu verhelfen. Daß Bischof Machens nicht zu den Toleranten gehört, bestätigt er selbst in seinem Hirtenbrief, in dem er wörtlich sagt: "...denn die katholische Schule ist letztlich jene Schule, die für Christus erzieht". Das sagt der Bischof in einem Land, in dem sich 80 Prozent der Bevölkerung zur evangelischen Kirche, also ebenfalls zu Christus bekennen. Will der Bischof von Hildesheim auf dem Umweg über die Volksschule das Beil des Dreißigjährigen Krieges ausgraben? Oder kämpft er so temperamentvoll für "die katholische Schule", weil ihm hier ein Mittel einer unterirdischen Gegenreformation aus der Hand genommen wird?

Kulturpolitik ist laut Grundgesetz Ländersache. Es mag ein Zufall sein, daß ausgerechnet in diesen Tagen das Auswärtige Amt in Hannover anfragte, wie sich die niedersächsische Landesregierung zum Konkordatsvertrag von 1933 stelle. Eine Routinefrage angeblich, die an alle Lnderregierung gestellt wird und die bereits zu einem Strauß zwischen Reinhold Maier und dem Kanzler geführt hat. Im Konkordat, dem ersten zwischenstaatlichen Vertrag, den Hitler abschloß, wird festgelegt, daß die katholischen Bekenntnisschulen ungestört weiterarbeiten dürfen. Im gleichen Vertrag wird aber auch die politische Abstinenz des Klerus festgelegt - eine politische Betätigung der Geistlichen wäre also Vertragsbruch. Es stärkt nicht gerade die Position des Bischofs von Hildesheim, daß nirgendwo in Niedersachsen die Geistlichkeit so aktiv in den Wahlkampf eingegriffen hat, wie gerade in der Diözese von Hildesheim. Aus der gleichen Festung kommt nun die artilleristische Vorbereitung des Kampfes um das Schulgesetz.

+ + +

Einzig Sensation - CDU-Stimmenrückgang

dr - Stuttgart

Die Gemeinderatswahlen von Baden-Württemberg - nach Hamburg die zweiten Wahlen, die nach dem 6. September stattfanden - wurden in der ganzen Bundesrepublik zu Zwecken des Vergleichs mit Spannung erwartet. Die Geduld der Wartenden wurde auf eine harte Probe gestellt. Zwei Wochen nach den Wahlen, die am 15. November stattgefunden haben, verfügte die Öffentlichkeit noch immer nicht über ein für das ganze Land durchgerechnetes Endergebnis. Und als es am Ende der dritten Woche vorlag, konnte niemand etwas rechtes damit anfangen.

Der Grund liegt darin, daß man in Stuttgart für die Gemeinderats- und Kreistagswahlen schon vor vielen Jahren ein Wahlgesetz ausgeknobelt hatte, welches dem Wähler bei der Auswahl seiner Kandidaten einen weiten Spielraum läßt. Er kann die ihm auf den verschiedenen Listen präsentierten Parteikandidaten bunt durcheinander mischen, er kann aber auch einzelnen Kandidaten bis zu drei Stimmen geben (wenn er dafür andere Kandidaten streicht), er kann also Namen von einer Parteiliste auf die andere herübernehmen und außerdem Stimmen häufen. Dieses Mischen und Häufen, amtlich Panaschieren und Kumulieren genannt, wurde so meisterhaft und fleißig gehandhabt, daß einmal - trotz des zweifellos schwierigen Wahlverfahrens - nur 1,9 Prozent der abgegebenen Stimmen ungültig waren und daß andererseits die Zählkommissionen drei Wochen brauchten, bis sie die auf jeden Bewerber entfallenen Stimmen endlich aufgeschlüsselt und die gewählten Bewerber ermittelt hatten.

Hinzu kommt, daß man vor allem auf dem flachen Lande in Baden und Württemberg bei Kommunalwahlen von jeher die parteipolitisch ungebundene Liste liebt. Das hat im Laufe der Zeit zu interessanten Ergebnissen geführt. Es gibt Flecken, in denen sich Mitglieder verschiedener Parteien zu Kommunalwahlen friedlich zusammentun und den Wahlkampf als "freie Wählervereinigung" bestreiten. Andererseits suchen sich freie Gruppen sehr gern beliebte Persönlichkeiten aus einer oder aus allen Parteien, um damit ihre Liste anzuführen. So kommt es, daß diese "freien Wählergruppen", die miteinander im Lande weder in Verbindung stehen noch in ihren Auffassungen identisch sind, den Löwen-

anteil aller Stimmen erhielten. In ihnen verbergen sich Angehörige aus allen Parteien. Das im einzelnen nachzuprüfen und in prozentuale Relation zu bringen, ist fast unmöglich.

Die "freien Wählervereinigungen" erzielten im ganzen Lande 8,3 Millionen der abgegebenen Stimmen, was 27,5 Prozent entspricht. Es erhielten die CDU 7,9 Millionen (26,1%), die SPD 7,6 Millionen (24,9%), die FDP/DVP 3,6 Millionen (12,0%), der BHE 1,4 Millionen (4,7%), die KP 1,1 Millionen (3,8%) und kleine politische Gruppen insgesamt 1% der Stimmen. Soll dieses Ergebnis in einen Vergleich zu den Bundestagswahlen gesetzt werden, stößt man also auf mancherlei Schwierigkeiten. Hinzu kommt, daß die Wahlbeteiligung dieses Mal nicht 85 Prozent, sondern nur knapp 70 Prozent betrug.

Zur Bundestagswahl erzielte die CDU in Baden-Württemberg 52,4% gegenüber heute 26,1%, die SPD 23% gegenüber heute 24,9%, die FDP/DVP 12,7% gegenüber heute 12%, der BHE 5,4% gegenüber heute 4,7%. Selbst wenn man den Anteil der freien Wählervereinigungen zur Hälfte zur CDU schlug, läge noch ein erheblicher Verlust der CDU vor. Besonders in den Städten hat sie gegenüber der Bundestagswahl durchweg Verluste, in einigen Städten, darunter Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Reutlingen, sogar einen großen Stimmenschwund hinnehmen müssen.

Die SPD hat nicht nur den Abstand, mit dem sie am 6. September hinter der CDU rangierte, optisch korrigieren, sondern darüber hinaus Gewinne, an vielen Orten augenfällig hohe Gewinne erzielen können. Sie verdankt das der Tatsache, daß sie den Wahlkampf mit den richtigen Argumenten geführt hat, indem sie die positiven Erfolge ihrer Gemeinderatsarbeit unterstrich. Überall dort, wo sie Persönlichkeiten zur Wahl stellte, die über den Kreis ihrer Wähler hinaus bekannt und beliebt waren, schnitt sie besonders gut ab.

Das charakteristische Merkmal der Wahlen aber ist der hohe Stimmenabfall in der CDU. Das festzustellen, war besonders reizvoll für die FDP/DVP, die in ihrer amtlichen Äußerung über die am Wochenende bekanntgewordenen Landesergebnisse den "erheblichen Stimmenrückgang der CDU als die Sensation dieser Wahlen" bezeichnete.